Offener Schlagabtausch zwischen Trump und Selenskyj - US-Präsident bricht das Treffen ab

Beim Treffen von US-Präsident Donald Trump mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj hat es am Nachmittag in Washington DC einen heftigen verbalen Schlagabtausch vor den Kameras der Weltöffentlichkeit gegeben. Während Trump von seinem Gast mehr Dankbarkeit und Respekt einforderte, benannte er den russischen Präsidenten als „Terrorist“. Weder die Ukraine noch die Welt wollten „Kompromisse mit einem Mörder“ sagte Selenskyj mit verschränkten Armen.

„Ohne die umfassende Militärhilfe aus den Vereinigten Staaten wäre der Krieg 2022 innerhalb von zwei Wochen verloren gewesen“, entgegnete Trump und sagte: „Sie setzen das Leben von Millionen Menschen aufs Spiel. Sie riskieren einen Dritten Weltkrieg.“

Auch danach beruhigte sich Selenskyj nicht. Niemand habe 2014, nachdem Russland die Krim annektiert hatte, geholfen, Putin zu stoppen.

Vize-Präsident J.D. Vance versuchte in der hitzigen Debatte mehrfach zu schlichten: „Herr Präsident, Herr Präsident, bei allem Respekt. Ich finde es respektlos von Ihnen, ins Oval Office zu kommen und zu versuchen, vor den amerikanischen Medien zu verhandeln.“ Und weiter: „Gerade jetzt, wo Sie herumlaufen und Wehrpflichtige an die Front zwingen, weil Sie Personalprobleme haben, sollten Sie Präsident (Trump) dafür danken, dass er versucht, die Situation zu verbessern.“

Eigentlich sollte es bei dem Treffen um einen „Deal“ zwischen beiden Ländern gehen. Weitere Unterstützung gegen seltene Erden aus der Ukraine.

Während des Schlagabtausches drohte Trump mehrfach damit, dass, sollte es zu keinem Deal kommen, die Unterstützung der USA vorbei sei: »Entweder Sie machen einen Deal oder wir sind raus«, drohte Trump. Und weiter: *»Wenn wir raus sind, werdet ihr es ausfechten. Ich glaube nicht, dass es schön sein wird.«*

Schließlich brach Trump das Gespräch ab. Wie es jetzt weitergeht, weiß wohl niemand....

AfD-Fraktion nimmt Krah und Helferich auf

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag hat heute sowohl Maximilian Krah als auch „das freundliche Gesicht des Nationalsozialismus“ Matthias Helferich in ihre Reihen aufgenommen. Herzlichen Glückwunsch, liebe AfD! Damit werden Bündnisse jenseits irgendwelcher Brandmauern auch die kommenden 20 Jahre unmöglich.

Der zum ultrarechten AfD-Lager zählende Krah sitzt seit 2019 im Europaparlament und war bei der Europawahl im vergangenen Juni Spitzenkandidat. Dann wurde ein Mitarbeiter Krahs wegen des Verdachts der Spionage für China festgenommen. Außerdem soll Krah Gelder aus Russland angenommen haben, was er selbst bestreitet. Die AfD-Delegation im EU-Parlament nahm Krah nicht auf.

Trendmeldungen ohne Wert

Die Demoskopen haben sich bei dieser Bundestagswahl wirklich nicht mit Ruhm bekleckert. So sagte einige das Ergebnis in der tendenz schon vor Wochen richtig voraus, aber am Wahltag die Trendmeldungen waren ein schlechter Witz. Ab 10 Uhr morgens meldeten Institute im Auftrag von ZDF, infratest dimap, ARD, dem Adenauer Haus ihre Erkenntnisse. Die wurden aus den sogenannten Nachwahlbefragungen generiert. Dabei werden Wähler nach der Stimmabgabe vor dem Wahllokal gefragt, was sie gerade gewählt haben. Natürlich antwortet nicht jeder darauf, aber viele.

So gab es am Nachmittag stabil Meldungen, nach denen die Union bei bis zu 35% (!) lag, die FDP bei 6 Prozent und die AfD bis zu 22.

Klar, Journalisten gieren nach solchen Zahlen. ist auch ein bisschen „Herrschaftswissen“, wenn man da ungefragt beliefer wird.

Aber nach dem gestrigen Tag, kann ich darauf verzichten....

Widerwärtige Inszenierung

Die Inszenierung könnte ekelhafter nicht sein. Die radikalislamische Hamas hat vier tote israelische Geisels „übergeben“. Um die Särge jubelten zahlreiche Schaulustige, maskierte Inslamisten in Uniform tanzte zu lauter Musik um die Särge der toten Juden herum.

So ekalhaft, so wichtig, dass jeder weiß, mit welcher Art von Kreaturen wir es bei der Hamas zu tun haben. Menschen möchte ich diese Leute nicht nennen.

Trump macht es vor: Wenn man es will, kann man konsequent handeln

Einfach nur faszinierend: Die neue Trump-Administration arbeitet Tag für Tag ihre Wahlversprechen ab. Einfach so. Nun gut, fairerweise muss man sagen, dass eine absolute Mehrheit in beiden Parlamenten sowas leichter macht, als wenn man Koalitionsverhandlungen mit den Grünen führen muss.

Ich war, wie Sie wissen, bei Donald Trump immer hin- und hergerissen.

Mal war ich begeistert, mal konnte ich nur mit dem Kopf schütteln. Aber im Moment bin ich nur noch begeistert.

Der macht das ja wirklich...

Direkt nach seiner Vereidigung und Amtseinführung hat der alte neue Präsident verfügt, das US-Gefangenenlager Guantanamo Bay auf Kuba, nach 9/11 Auffangstation für bis zu 800 Al Kaida-Terroristen, vorzubereiten, um bis zu 30.000 (!) illegale Migranten aufzunehmen, die in den Vereinigten Staaten kriminell geworden sind, aber nicht direkt in ihre Heimatländer abgeschoben werden können. Bis für die eine Lösung gefunden ist, bleiben Sie auf „Gitmo“, wie die Amis das weltweit bekannte Militärgefängnis nennen.

Auf jeden Fall aber erstmal raus aus Amerika

Ich würde mir wünschen, die Europäische Union und damit Deutschland hätten auch den Schneid, endlich das Notwendige zu tun. Trump macht es einfach. Und warum? Weil er es will und kann....

Euro-Austritt? Alice Weidel weiß: Das ist nicht mehr möglich

Auf ihrem Bundesparteitag in Riesa hatte die AfD vor Wochen ihr Programm zur Bundestagswahl am 23. Februar diskutiert und - mit wenigen Änderungen - beschlossen. Darin ist festgeschrieben, dass die AfD den Ausstieg Deutschlands aus der Europäischen Union (EU) und dem Euro durchsetzen will. Eine steile These, die man in diesen Kreisen in Anlehnung an die britische Kampagne zum EU-Austritt damals „Dexit“ nennt.

Dass das mit der Währung aber auch nicht so einfach ist, musste Spitzenfrau Alice Weidel nun selbst einräumen

„Ich glaube, dass Sie aus dem Euro nicht mehr austreten können“, sagte sie am vergangenen Freitag im Interview mit dem Finanzexperten Marc Friedrich. Es hätte aus ihrer Sicht ein Zeitfenster für einen Austritt aus dem Euro gegeben, als erst Griechenland und danach andere EU-Staaten in die Staatsschuldenkrise rutschten. Weidel: *„Aber das wäre niemals durchsetzbar gewesen!“*

Auch am gleichen Abend im Verhör - Interview war das nicht - bei Frau Miosga ruderte Weidel in dieser Frage auch vorsichtig zurück. Sie sagte:

„Deshalb muss Deutschland diese „Transferunion“ aufkündigen und den Irrweg der Dauerrettung durch Wiedereinführung einer nationalen Währung beenden, ggf. unter paralleler Beibehaltung des Euro oder einer flexiblen ECU-ähnlichen Verrechnungseinheit.“

Die Korrekturen kurz vor der Bundestagswahl sind aus meiner Sicht völlig in Ordnung. Opposition muss erstmal laut sein, um gehört zu werden - gerade in einer so feindlichen Medienlandschaft wie in Deutschland. Aber wenn man Kanzlerkandidatin ist, dann muss man anfangen, sich mit der Realpolitik, der Kunst des Machbaren, zu beschäftigen.

Jeder kann sehen, dass auch der „Brexit“ letztlich kein Erfolgsmodell für Großbritannien war. Ihr Behauptung, Deutschland könne - leider, leider - nicht mehr aus dem Euro austreten, ist objektiv falsch. Natürlich könnten wir. Aber das würde ein ökonomisches Desaster für unser internationalermaßen verflochtenes Deutschland.

Politiker mit Größe können Fehler eingestehen, und auch mal Aussagen korrigieren. Das hat Alice Weidel jetzt getan.

Trump und Musk räumen auf

Man kann Donald Trump sicher einiges vorwerfen, aber ganz sicher nicht, dass er seinen Worten nicht Taten folgen lässt.

Der US-Präsident hat alle Entwicklungshilfe-Zahlungen über die amerikanische Behörde für internationale Entwicklung „USAID“ stoppen und inzwischen Hunderte Mitarbeiter freigestellt. Beobachter in Washington gehen davon aus, dass USAID letztlich ganz aufgelöst wird. Inzwischen ist auch die Webseite der Behörde stillgelegt worden.

„USAID ist eine kriminelle Organisation. Es wird Zeit, dass sie stirbt“, schrieb Präsidentenberater und

Multimilliardär Elon Musk dazu auf seinem Netzwerk X. Und weiter: „USAID war ein Schlangennest von linksradikalen Marxisten, die Amerika hassen.“

Auch der Präsident selbst redet Klartext: USAID werde „von einem Haufen radikaler Verrückter geführt. Und die holen wir raus.“

Die USA hätten unter der Führung der demokratischen Vorgängerregierung von Joe Biden viel zu viel Geld für Migranten und Menschen überall auf der Welt ausgegeben und gleichzeitig die eigenen Staatsbürger vernachlässigt.

TV-Duell zwischen Merz und Weidel? Da sind wir ja mal gespannt...

Friedrich Merz hat gestern bei einer Veranstaltung der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ) gesagt, er würde lieber mit AfD-Chefin Alice Weidel als mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) diskutieren. Das verstehe ich gut. Letzterer ist ein gescheitertes Auslaufmodell, die Dame ist frisch und herausfordernd.

Nur, wie passt das zur unsäglichen „Brandmauer“?

Die AfD gewinnt Wahl um Wahl gerade, weil die anderen Parteien immer noch glauben, man könnte ein Fünftel der Bevölkerung einfach ignorieren. Das funktioniert erfreulicherweise nicht.

Und dass die vollmundige Ankündigung von Merz, bei einem solchen „TV-Duell“ würden „die Fetzen fliegen“, überhaupt erfolgt ist, dürfe den schlechter werdenden Umfragewerten für die Union geschuldet sein.

Aber dass er nicht einfach sagt, er wolle mit Weidel diskutieren, zeigt, dass die Union immer noch nicht begriffen hat, was sich verändert in unserem politischen System. Warum muss einer vollmundige Ankündigungen im Stil von „der Kleinen zeige ich's jetzt mal“, wie die große Politik wirklich funktioniert, machen? Warum geht er nicht einfach ins Gespräch und zeigt, was er drauf hat?

Die AfD hat bei der Kritik an der herrschenden Politik in Deutschland in den meisten Bereichen absolut recht. Aber sie ist dennoch unter Druck zu setzen, wenn es um die richtigen Lösungen geht – mit überzeugenden Argumenten und mit bohrenden Fragen.

Machen Sie es einfach, Herr Merz! Und liefern Sie, wenn Sie Kanzler werden wollen...

Wie Unternehmen politische Willkür gegen die AfD betreiben

Die Volksbank Düsseldorf Neuss eG hat dem AfD-Stadtverband „Neujahrsgrüße“ geschickt. Man kündige zum 31. März alle Geschäftsverbindungen, heißt es in dem Brief. Lastschriften und Daueraufträge würden ab dann nicht mehr bearbeitet und die Konten final abgerechnet. Und Warum? Weil es die AfD ist, jedenfalls wird keine andere Begründung in dem Brief erläutert.

Es ist ein Skandal

Aber es ist auch nicht überraschend. Ich kenne mehrere Bundestagsabgeordnete, denen Konten gekündigt oder verweigert wurden, offenbar, weil sie AfD-Politiker sind. Es gibt mehrere Publizisten wie z. B. Boris Reitschuster, denen Spendenkonten gekündigt wurden.

Aber dieses Vorgehen hat natürlich eine Wirkung. Der AfD werden Räumlichkeiten verweigert, um Veranstaltungen und Parteitage abzuhalten. Hotels nehmen von ihnen keine Zimmerbuchungen an. Das ist einem demokratischen Rechtsstaat unwürdig. Immerhin wurde im vergangenen Juli (2024) das Ansinnen einer Frau in Bonn abgelehnt, die Sparkasse Köln-Bonn solle der AfD ihr Konto kündigen.

Aber was sind das für Gestalten, solche Mitbürger, die eine Bank auffordern, unliebsamen Parteien die Konten zu kündigen?

+++Wenn Sie wollen, dass über diese Dinge offen berichtet wird, dann helfen Sie uns+++Unterstützen Sie meine Arbeit mit einer Spende für diesen Blog auf das Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18+++Oder auf PayPal @KelleKlaus+++

Länder dürfen Fußballvereinen Polizeieinsätze in

Rechnung stellen

Der Rechtsstreit tobt seit 2015, genau seit dem Bundesligaspiel zwischen dem SV Werder Bremen und dem Hamburger SV, einem Hochrisikospiele im Fußball-Norden, zweifellos. So etwas wie früher Borussia Dortmund gegen Schalke 04. Da rückt die Polizei mit allem an, was sie hat. Und das kostet. Den Steuerzahler.

Nach diesem Spiel vor zehn Jahren schickte das Land Bremen dem SV Werder eine Rechnung für den Polizeieinsatz über 425.000 Euro.

Wenn das Schule macht, kommen auf die Profivereine insgesamt erhebliche Kosten zu. Und nicht nur auf die Profivereine, denn Hochrisikospiele gibt es vereinzelt auch in der vierten oder fünften Liga. Und wieso nur Fußball? Müsste die Stadt Köln nicht den Karnevalsvereinen Rechnungen schicken? Oder die Stadt München den Festwirten auf dem Oktoberfest? Oder die Stadt Berlin der linksradikalen antifa?

Was überhaupt ist öffentliche Aufgabe?

Die Polizei ist dafür da, bei großen Menschenansammlungen präsent zu sein und für Sicherheit zu sorgen. Das ist ihre Aufgabe, das ist sozusagen im Preis mit drin.

Aber es ist natürlich ein Unterschied beim Aufwand, ob Schalke gegen Dortmund spielt oder Sandhausen gegen Viktoria Köln.

Das Bundesverfassungsgericht hat heute das Urteil gesprochen.

Die Bundesländer können ihre Polizeikosten bei Hochrisikospiele den Profivereinen in Rechnung stellen. »Die Erhebung einer solchen Gebühr genügt als Berufsausübungsregel den verfassungsrechtlichen Anforderungen, insbesondere denen der Verhältnismäßigkeit«, sagte der Vorsitzende des Ersten Senats, Stephan Harbarth. Maßstab für die Rechnungsstellung sei, dass es bei früheren Begegnungen von solchen Vereinen, immer wieder zu gewaltsamen Ausschreitungen gekommen ist.

Bis heute war es nur das kleine Bundesland Bremen, das Polizeieinsätze in Rechnung stellt, in Hamburg beschäftigt sich die Bürgerschaft ebenfalls bereits mit diesem Thema. Wie andere Bundesländer mit dem aktuellen Urteil umgehen werden, ist noch offen.